



CDU Kreistagsfraktion Ravensburg

Rede des Fraktionsvorsitzenden Bürgermeister Volker Restle
in der Kreistagsitzung am 17. Dezember 2015 zum Kreishaushalt 2016
- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen, Mitglieder der Verwaltung,
verehrte Gäste und Vertreter der Presse,

von Papst Johannes dem 23. stammt das Zitat: „Wenn man zu weit in die Zukunft schaut, läuft man Gefahr, den Mut zu verlieren“. Übertragen auf 2016 bedeutet dies, dass wir mehr noch als in den Jahren zuvor bei der Aufstellung unseres Haushalts wieder einmal fremd bestimmt sind. Bei den zwei Themen, die uns seit Jahren intensiv beschäftigen – die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge und die Oberschwabenklinik – können wir auch in diesem Jahr wieder nur reagieren.

Die Welt ist in Bewegung. Wir durchlaufen und erleben eine bewegte und bewegende Zeit. Viele Menschen waren und sind immer noch im Aufbruch. Vieles hat sich verändert, einiges befindet sich im Umbruch. Es herrscht aber keine Aufbruchsstimmung in unserer Gesellschaft, es gibt leider nur wenig Zukunftsoptimismus. Die Menschen machen sich große, machen sich sehr große Sorgen, was die Zukunft bringen wird, wie die Zukunft aussehen wird. Wir stehen vor sehr großen Herausforderungen. Doch leider können wir, müssen wir derzeit nur reagieren. Wir bestimmen nicht die Anzahl der Flüchtlinge, und auf Gesetze ist unser Einfluss äußerst begrenzt. Der nicht endende Strom von Flüchtlingen fordert, teilweise überfordert er uns alle. Die Reaktionsskala wird breiter, die Sorgen und zunehmend auch die Ängste größer. Wir alle, EU, Bund, Land, Landkreise, Kommunen, Bürgerinnen und Bürger, sind gefordert, wir sind in einer „Verantwortungsgemeinschaft“. Die große Welle der Hilfsbereitschaft ist überaus beeindruckend und bewundernswert. Wir können all den vielen helfenden Menschen, die ebenso wie sehr viele Mitarbeiter in der Landkreis- und in den Kommunalverwaltungen weit über ihre Leistungsgrenzen hinausgehen, nur herzlich danken.

Was für uns selbstverständlich klingt, ist es in vielen Teilen der Welt nicht. Wo Unterdrückung, Krieg, Hunger und Not herrscht, suchen die Menschen nach Hilfe. 60 Millionen sind weltweit auf der Flucht. Die dramatischen Bilder, die uns aus den Kriegsgebieten erreichen, zeigen: Die pure Not treibt die Menschen aus ihrer Heimat in die Fremde. 800.000 kommen voraussichtlich in diesem Jahr nach Deutschland, es wird aber auch schon von 1 Million oder gar 1,5 Millionen gesprochen. Man fühlt sich an den Ausspruch von Heraklit erinnert „Pantarei“, zu Deutsch „alles ist im Fluss“ oder – etwas sarkastisch – alles schwimmt.

Niemand weiß so richtig, was auf uns zukommt. Die Reaktionsskala wird breiter, die Sorgen größer. Ich gebe dem Bundespräsidenten recht, wenn er sagt: „Unsere Herzen sind weit, aber unsere Möglichkeiten endlich“ – jedenfalls in der Geschwindigkeit des Zuzugs derzeit. Wir brauchen eine Willkommenskultur, das ist und bleibt wichtig, wir brauchen aber auch eine Willkommensstruktur! Und das betrifft alle Ebenen – EU, Bund, Land, Landkreise und Kommunen sind gefordert. Dazu braucht es klare politische Entscheidungen:

Wir brauchen deshalb einen klaren Kurs mit klaren Zielen.

- 1.) Wir brauchen eine weltweite, wir brauchen eine europäische Solidarität.
- 2.) Wir brauchen eine rasche Befriedung der Konflikte im Nahen Osten um den Zuzug zu begrenzen.
- 3.) Bund und Land müssen beschlossene Maßnahmen schneller und konsequenter umsetzen. „Bisherige Hindernisse werden aus dem Weg geräumt und organisatorische Prozesse gestrafft“ (Landesportal Baden-Württemberg, 10. November 2015) „Diejenigen, die nicht verfolgt sind, nicht aus Bürgerkriegsgebieten kommen, die müssen wir wieder in ihre Heimat zurückführen.“ Das Asylrecht sei für diese Menschen der falsche Weg, um in Deutschland zu bleiben, so der baden-württembergische Ministerpräsident.
- 4.) Die Asylverfahren müssen verkürzt werden. Was in der Schweiz in Tagen entschieden wird, das kann und darf in Deutschland nicht Monate oder Jahre dauern.
- 5.) Landkreise und Kommunen dürfen nicht auf den Kosten sitzen bleiben.
- 6.) Auf Landkreisebene muss das Bündnis für Asyl mit den Städten und Gemeinden weiterhin von allen nicht nur unterstützt, sondern auch tatkräftig umgesetzt werden. Wir müssen weiter am Ball bleiben und neue Unterkünfte suchen und schaffen damit unsere Mehrzweck-, Sport- und Turnhallen so schnell wie möglich wieder frei werden und wir keine weiteren Hallen belegen müssen.

Weiterhin sind von Seiten des Landes die rechtlichen Rahmenbedingungen dergestalt anzupassen, dass die Verantwortlichen vor Ort die notwendigen Entscheidungen möglichst kurzfristig, pragmatisch und rechtssicher treffen können. So müssen zwischenzeitlich etablierte Standards in der Flächennutzung und im sozialen Bereich auf den Prüfstand. Denn sowohl der Aufgabe, möglichst kurzfristig baureifes Land zur Verfügung zu stellen als auch dem Druck, ankommende Flüchtlingskinder in Kinderbetreuungseinrichtungen mit zu versorgen, können die Landkreise sowie die Städte und Gemeinden auf Grundlage des aktuellen Rechtsrahmens nicht gerecht werden.

- 7.) Angesichts der aktuellen Bevölkerungsprognose des statistischen Landesamtes, der hinzukommenden Arbeitsmigration und dem aktuellen Flüchtlingszugang sind wir überzeugt, dass in Baden-Württemberg der Bedarf an zusätzlichen Flächen angenommen werden kann und die Hinweise zur Plausibilitätsprüfung in der Bedarfsflächenermittlung im Flächennutzungsplanverfahren sofort zu revidieren sind.
- 8.) Die Dauer eines Bebauungsplanverfahrens inklusive der vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsprüfung und Ausgleichsplanungen (Untersuchungen während einer ganzen Vegetationsperiode, Umsiedlung gegebenenfalls ansässiger Arten während der darauf folgenden) sowie der neu etablierten Möglichkeit zum Bürgerentscheid dauert in der Regel mehrere Jahre. Wir sprechen uns in keiner Weise gegen den Umwelt-, bzw. Artenschutz aus, wir kommen aber zu der eindeutigen Einschätzung, dass wir die Zeit für solche Verfahrensdauern schlicht nicht haben. Wir gehen davon aus, dass im Jahr 2016 eine sechsstellige Zahl an Menschen in der Anschlussunterbringung ankommen wird. Und Wohnungen, die heute nicht begonnen werden zu bauen, können in einem Jahr nicht bezogen werden.
- 9.) Viele Kommunen haben die Planung für die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften vorangebracht, die Projekte könnten umgesetzt werden. Allerdings ist der Fördertopf des Programms „Wohnraum für Flüchtlinge“ schon seit einigen Monaten überzeichnet. Vor einer positiven Bescheidung der Anträge ist auch die Umsetzung der Baumaßnahme blockiert. Neben der Tatsache, dass ganz offensichtlich zu wenige Fördermittel zur Verfügung stehen muss hier dringend ein Weg gefunden werden, um den Kommunen zumindest einen förderunschädlichen Maßnahmenbeginn zu eröffnen.

- 10.) Die in Baden-Württemberg geltenden Raum- und Mindestpersonalvorgaben im Rahmen der Kinderbetreuung begründen nach einer Bertelsmannstudie die beste Betreuungsqualität in ganz Deutschland. Angesichts der aktuellen und noch zu erwartenden Zugangszahlen gehen wir auf Grundlage der geltenden Reglementierungen allein im Kindergartenbereich von 1.500 und im Krippenbereich von über 800 zusätzlichen Gruppen aus. Ohne eine Flexibilisierung der Standards in diesem Bereich werden wir diese Aufgabe weder finanziell noch personell lösen können. Umso bedauerlicher ist es, dass entgegen den Hinweisen der Städte und Gemeinden das Flexibilisierungspaket in der Kleinkindbetreuung im Sommer dieses Jahres vom Kultusministerium nicht verlängert wurde. Klar ist, wir brauchen sowohl diese entfallenen als auch noch weit darüber hinausgehende Flexibilisierungsmöglichkeiten.

Um es nochmals in aller Deutlichkeit zu betonen: Wir anerkennen und unterstützen die Bemühungen und Maßnahmen der Landkreisverwaltung. Wir sehen die verzweifelte Suche nach Unterkünften. Das Engagement in der Verwaltung und bei den Ehrenamtlichen ist vorbildlich. Viele Mitarbeiter und viele Ehrenamtliche arbeiten bis zur Erschöpfung um die Flüchtlinge unterzubringen sie zu betreuen und sie mit dem Notwendigsten zu versorgen.

Mit unserem heutigen Antrag wollen wir insbesondere das Engagement dieser freiwilligen und ehrenamtlichen Helfer würdigen und etwas zu Ihrer Entlastung bei dieser wichtigen Aufgabe beitragen. Wir beantragen deshalb, dass der Landkreis Ravensburg den Städten und Gemeinden zur finanziellen Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingshelferkreise vor Ort einen pauschalen Betrag in Abhängigkeit der Einwohnerzahl zur Verfügung stellt.

Der Landkreis Ravensburg unterstützt die Arbeit der ehrenamtlichen Helferkreise derzeit mit einer finanziellen Förderung (bis zu 770 Euro pro Jahr und Helferkreis). Dabei ist die betreute Personenzahl bislang nicht relevant. Die zahlreichen Helferkreise im Landkreis Ravensburg leisten derzeit einen erheblichen Beitrag zur Integration von Flüchtlingen. In nahezu allen Städten und Gemeinden engagieren sich sehr viele Bürgerinnen und Bürger bei der Ankunft und Betreuung der Hilfesuchenden. Zunehmend ist jedoch zu beobachten, dass der anhaltend starke Zustrom die ehrenamtlichen Kräfte an die Grenzen der Belastbarkeit bringt. Aus diesem Grund möchte die CDU-Fraktion das Engagement und die Hilfsbereitschaft der Menschen wertschätzen und die finanzielle Förderung der Helferkreise anpassen. Da sich der Aufwand für die ehrenamtlichen Helferkreise in Abhängigkeit zur Zahl der betreuten Flüchtlinge verändert, soll durch eine Staffelung der bestehende Pauschalbetrag ersetzt werden.

Die Situation unseres Haushalts ist gegenüber der unserer Nachbarkreise schon etwas außergewöhnlich. Dies soll auch hier noch einmal verdeutlicht werden. Der Kreiskämmerer pflegt zu sagen: der Haushalt ist auf Kante genäht - wie eigentlich jedes Jahr. Doch was ist daran im Landkreis Ravensburg so speziell?

Wie bereits zu Beginn meiner Ausführungen dargestellt, sind wir bei der Aufstellung unseres Haushalts wieder einmal fremd bestimmt. Bei den zwei Themen, die uns seit Jahren intensiv beschäftigen – die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge und die Oberschwabenklinik – können wir auch in diesem Jahr wieder nur reagieren.

So kommen im Jahr 2016 auf den Landkreis Kosten in Höhe von fast 9,0 Mio. Euro für die Unterbringung von Flüchtlingen zu, die im Moment von den Zuschüssen des Landes nicht gedeckt sind.

In der Addition der Verluste des Eigenbetriebs IKP aus der Bereitstellung der Immobilien der Akutkrankenhäuser, sowie von medizinischen Geräten und Ausstattungen ergibt sich für das Jahr 2016 eine Zuschusssumme in Höhe von 10 Mio. Euro für die Oberschwabenklinik. Diese Summe entspricht der jährlichen Subvention des Landkreises für den Betrieb der Akutkrankenhäuser in Ravensburg, Wangen und Bad Waldsee. Im Jahr 2015 waren dies 9 Mio. Euro, 2017 und 2018 werden wohl 12 Mio. und 11 Mio. Euro fällig werden. In diesen Summen nicht enthalten ist eine Eigenkapitalverzinsung in Höhe von jährlich 500.000 Euro, bzw. die durch den Landkreis geleisteten Kapitalerhöhungen zur Finanzierung der Verluste aus Vorjahren von jährlich jeweils 3 Mio. Euro sowie die Investitionskosten für den Neu- bzw. Umbau des Elisabethenkrankenhauses.

Aufgrund dieser Zahlen ist im Kernhaushalt des Landkreises zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder eine Kreditaufnahme vorgesehen. Diese geplante Kreditaufnahme kann dazu führen, dass wir in den nächsten Jahren die von uns in den Leitzielen zur Kreisstrategie angestrebte Schuldenobergrenze von 100 Millionen eventuell nicht halten können.

Der einfachste Weg wäre ja nunmehr, die Kreisumlage um einen, zwei, drei oder sogar vier Punkte zu erhöhen. Im Vorfeld der diesjährigen Haushaltsdebatte hat der Verwaltungsausschuss jedoch mehrheitlich entschieden, dies nicht zu tun und wir sind nach vielen, langen und intensiv geführten Diskussionen in den Ausschüssen, in der Fraktion und untereinander weiter der Ansicht, dass dies in diesem Jahr auch der richtige Weg ist.

Das Jahr 2016 und auch der Haushalt für 2016 stellen uns vor eine besondere Situation. Die Unterbringung der ankommenden Flüchtlinge ist eine Herausforderung, die es in dieser Dimension für den Landkreis wohl noch nicht gab. Eine Situation, die uns allen, den Landkreis, wie auch die Städte und Gemeinden besonders fordert. Diese Situation verlangt von uns, dass wir genau überlegen, wo und wie es weitergeht und genau überlegen was zu tun und in welcher Weise etwas zu tun ist.

Als wir im vergangenen oder vorvergangenen Jahr ich meine sogar einstimmig, die Verschuldungsobergrenze von 100 Millionen festgezurt haben, war noch keinem von uns diese nun vor uns stehende Herausforderung bekannt. Uns war zu diesem Zeitpunkt nicht wirklich bewusst, dass wir allein im Jahr 2016 – 25 Millionen Euro für die Unterbringung von Flüchtlingen aufzubringen haben.

Aufgrund dieser Sondersituation, deren Ende sich im Moment aber leider auch noch nicht abzeichnet wird es schwer wenn nicht sogar unmöglich sein diese von uns allen gewünschte Schuldenobergrenze zu halten.

Ich glaube, dass wir alle einig und auch sicher sind, dass wir - der Landkreis, die Städte und Gemeinden und die vielen ehrenamtlich und unentgeltlich tätigen Helferinnen und Helfer die vor uns stehende große Herausforderung und Aufgabe schaffen, bewältigen und auch meistern werden. Wir müssen aber auch ehrlich zu uns und zu unserer Bürgerinnen und Bürgern sein, dass eine erfolgreiche Bewältigung dieser Aufgabe nicht ohne Folgen sein wird und wir alle in irgendeiner Form etwas davon spüren werden.

Aus diesen Gründen kann die von uns allen gewünschte Schuldenobergrenze von 100 Millionen lediglich eine rote Linie sein, die in Ausnahmesituationen wie wir sie im Moment haben auch mal überschritten werden muss.

Dies bedeutet aber auch, dass die vor uns stehenden Lasten von allen Ebenen, dem Bund, dem Land, den Landkreises und den Städten und Gemeinden entsprechend zu tragen sind.

Bereits vor zwei Jahren haben die Städte und Gemeinden mit dem Landkreis als erster und wie ich meine auch einziger Landkreis im Land einen Solidarpakt zur Unterbringung der Flüchtlinge beschlossen. Die Städte und Gemeinde haben sich darin bereit erklärt, den Kreis sowohl personell, finanziell und insbesondere ideell (wenn es darum geht die Bürgerinnen und Bürger zu informieren und von der Dringlichkeit der Aufgabe zu überzeugen) zu unter-

stützen und gemeinsam mit dem Landkreis die Herkulesaufgabe der Flüchtlingsunterbringung anzupacken.

Es wäre deshalb jetzt ein falsches Signal die offenen Kosten dieser Aufgabe über eine ansteigende Kreisumlage an die Städte und Gemeinden weiterzugeben. Zumal diese durch unseren Solidarpakt bei der Erstunterbringung für den Landkreis und durch die anstehende Anschlussunterbringung auch selbst vor riesigen Herausforderungen stehen.

Eine Erhöhung der Kreisumlage in der jetzigen Situation würde unweigerlich dazu führen, dass die Städte und Gemeinde die weiter ansteigen Ausgaben an ihre Bürgerinnen und Bürger weitergeben müssen, was faktisch bedeuten würde, dass die Grund- und Gewerbesteuern noch weiter erhöht werden müssten. Dies wäre aus unserer Sicht in der heutigen Situation in denen der Bund und das Land jährlich neue Rekorderlöse im Steuerbereich vermelden das falsche Signal für den Wirtschaftsstandort Landkreis Ravensburg.

Bei den Ausgaben des Landkreises im investiven Bereich sollte es sich ja eigentlich lediglich um eine Zwischenfinanzierung handeln, da diese Kosten letztendlich, so hoffe ich doch, wie zugesagt vom Land finanziert werden, bzw. die erstellten Unterkünfte in den nächsten Jahren von den Städten und Gemeinde zur Anschlussunterbringung gekauft oder angemietet werden.

Mir ist durchaus bewusst, dass meine Fraktion und die Kollegen der Freien Wähler wohl auch in diesem Jahr von der linken Seite des Plenums wieder als mit dem Landkreis unsolidarische Betonköpfe der Bürgermeisterfraktion gebrandmarkt werden. So liegen wie erwartet zur heutigen Kreistagsitzung zwei Anträge einer der Grünen und einer der SPD zur Anhebung der Kreisumlage um einen, bzw. einen halben Punkt vor. Einer der Anträge wird damit begründet, dass für die Unterbringung, Betreuung und Integration der Flüchtlinge erhebliche zusätzliche Leistungen zu erbringen sind. Ich möchte deshalb auf die Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 14.10.2015 verweisen, in der von Seiten unseres Ministerpräsidenten (Grüne) und des Finanz- und Wirtschaftsministers (SPD) den Landkreisen, den Städten und Gemeinde versichert wird, dass die gesamten anfallenden Kosten hierfür im Rahmen einer Spitzabrechnung auch entsprechend vom Land übernommen werden. Wir, die Mitglieder der CDU Kreistagsfraktion vertrauen im Gegensatz zu ihren Parteigängern dem Ministerpräsidenten und dem Finanz- und Wirtschaftsminister und halten deshalb aufgrund dieser Zusagen eine hierfür erforderliche Kreditaufnahme oder eine Anhebung der Kreisumlage hierfür nicht erforderlich.

Weiterhin sollten wir uns nochmals intensiv Gedanken machen, ob wir die Unterkünfte wirklich selber bauen und finanzieren sollten oder ob es zur Verhinderung einer weiteren Verschuldung nicht besser wäre diese zu mieten oder leasen. Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, ob man für den Bau der Unterkünfte, sofern dann erforderlich nicht auch die zinslosen Darlehen der KfW nutzen könnte.

Aufgrund der angestiegenen Steuerkraftsumme der Landkreise im vergangenen Jahr erhält der Landkreis von seinen Städten und Gemeinde im anstehenden Haushaltsjahr ohne eine Erhöhung der Kreisumlage 6 Millionen Euro mehr wie im letzten Jahr. Des Weiteren darf ich Sie auf unsere Diskussionen in der vergangenen Jahren hinweisen, in denen die Kreisumlage hätte theoretisch weiter gesenkt werden können, wir aber hiervon zugunsten der Schuldentilgung verzichtet haben. Dass diese Aussage richtig ist, beweisen die Jahresabschlüsse der vergangenen Jahre, die jeweils einen satten Jahresüberschuss vorweisen konnten. Außerdem darf ich auch noch darauf hinweisen, dass die in der Diskussion dargestellten Belastungen die durch das WGV-Urteil der Stadt Ravensburg auf den Landkreis zukommen im zweitnachfolgenden Jahr über den Finanzausgleich wieder ausgeglichen werden.

Unser Botschaft, unser Signal an die Städte und Gemeinden darf nicht sein, dass der Landkreis ihnen im Rahmen des Solidarpaktes die Flüchtlinge zur Unterbringung schickt und sie dafür auf der anderen Seite über die Kreisumlage auch noch zur Kasse gebeten werden. Gleichzeitig müssen wir auch der Landesregierung klarmachen, dass wir auf eine gerechte Spitzabrechnung in allen Bereichen bestehen, es kann nicht sein, dass sich Grün-Rot in Stuttgart mit einer schwarzen Null im Haushalt rühmt und wir als Landkreis Schulden aufnehmen oder die Kreisumlage erhöhen müssen.

Wie bereits zu Beginn meiner Ausführungen dargestellt, sind wir bei der Aufstellung unseres Haushalts wieder einmal fremd bestimmt. Bei den zwei Themen, die uns seit Jahren intensiv beschäftigen – die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge und die Oberschwabenklinik – können wir auch in diesem Jahr wieder nur reagieren. Wir sollten deshalb auf Seiten des Landkreises das Jahr 2016 intensiv nutzen um im Rahmen einer Haushaltsstrukturkommission die im Haushalt dargestellten Aufgaben zu durchforsten und eine intensive Diskussion darüber führen, was wir uns zukünftig aufgrund unserer Situation noch leisten wollen, bzw. können.

Es wäre noch vieles zu sagen zum Haushalt 2016, etwa, dass der Teilhaushalt Soziales wieder mit Abstand der größte Brocken im Haushalt ist. Dass unser Personalbestand in 2016 um fast 100 Stellen aufgestockt werden muss. Dass wir durch die zwingende Einführung der

Biotonne aus der Grundhaltung "Stadt und Land - Hand in Hand" eine wirtschaftlich vernünftige Struktur im Landkreis geschaffen haben, die letztlich allen zugute kommt und nicht nur die Verlustgeschäfte bei der öffentlichen Hand belässt. Dass wir auch weiterhin Wert darauf legen, dass wir auch künftig genügend bezahlbaren Wohnraum und vielfältige Arbeitsplätze in unserem Kreis haben. Wir wollen das Wachstum zulassen ohne soziale, wirtschaftliche oder ökologische Verwerfungen zu riskieren. Dafür benötigen wir zusätzlichen Platz. Da wir auch die landwirtschaftlichen Flächen schonen müssen, sind die Naturschutz- und Ausgleichsmaßnahmen auf land- und forstwirtschaftlich weniger interessante Flächen zu konzentrieren. Gerade diese Flächen müssen zuvorderst dazu dienen das Bevölkerungswachstum zu ermöglichen und nicht um ökoträumerische EU- und landesfinanzierte Projekte zu puschen. Dass uns unsere Infrastruktur, die Berufsschulen und Berufsschulstandorte, die Breitbandversorgung sowie der Straßenbau auch zukünftig am Herzen liegen müssen oder dass wir bei der OEW Ausschüttung in den nächsten Jahren leer ausgehen werden.

Aber ich will's damit jetzt bewenden lassen.

Abschließend darf ich in diesem Sinne für das gute Miteinander zwischen Politik und Verwaltung herzlich Dank sagen. Dank dem Landrat Harald Sievers, der ersten Landesbeamtin, Frau Meschenmoser, den Dezernenten und Amtsleitern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises, der zugehörigen Eigenbetriebe und GmbHS, hier insbesondere der Oberschwabenklinik, welche stets um das Wohl des Landkreises und der Menschen in unserem Landkreis bemüht sind.

Ein herzliches Dankeschön an die Mitglieder aller Kreistagsfraktionen für die offene, kollegiale, vielfach auch freundschaftliche Zusammenarbeit und manch nette Stunde in und außerhalb dieses Gremiums.

Und noch ein herzliches Dankeschön den Redakteurinnen und Redakteuren der Schwäbischen Zeitung, des Südwestrundfunks und der weiteren Medien für die stete Begleitung und aufgeweckte Berichterstattung.